

Segmentierte Europäisierung – Trends und Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeiten in Europa

Michael Brüggemann, Stefanie Sifft, Katharina Kleinen-von Königslöw, Bernhard Peters & Andreas Wimmel

Einleitung

Bisher beschränkt sich die Debatte um eine „Europäische Medienöffentlichkeit“ vor allem auf mögliche Voraussetzungen und Bedingungen, die für ihre Konstitution notwendig seien, während empirisch gestützte Analysen zu ihrem aktuellen Entwicklungsstand weitgehend fehlen oder bestenfalls als Momentaufnahmen eines längerfristigen Prozesses interpretiert werden können.¹ So bleibt trotz erster Forschungsbemühungen die zentrale Frage unbeantwortet, inwieweit und mit welcher Qualität sich ein Wandel nationaler Medienöffentlichkeiten in Europa bereits vollzogen hat: Hat medienvermittelte Kommunikation über die Europäische Union die Stufe routinemäßiger außenpolitischer Berichterstattung und Debatte schon längst überflügelt, wie Klaus Eder und Cathleen Kantner (2000, 307) behaupten? Oder ist Jürgen Gerhards (2000, 295) zuzustimmen, der in einer Studie festgestellt hat, dass der Europäisierungsgrad zumindest der deutschen Medienöffentlichkeit dem gestiegenen politischen Einfluss der EU nach wie vor erheblich hinterherhinkt?

In diesem Beitrag präsentieren wir die ersten Ergebnisse einer quantitativen Inhaltsanalyse zur Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten in den fünf EU-Mitgliedsstaaten Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Österreich und Dänemark über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten (1982-2003). Unsere Studie basiert auf einem mehrdimensionalen Analyseraster, das uns davor bewahren soll, den aktuellen Stand bzw. den Grad an erreichter Europäisierung zu über- bzw. unterschätzen sowie auszublenden, dass europäisierte Medienöffentlichkeiten in verschiedenen Formen und Qualitäten auftreten können. Im Gegensatz zu den meisten anderen Studien, die in der Regel nur sehr kurze Untersuchungszeiträume gewählt haben, interessieren wir uns insbesondere für den Prozesscharakter von Europäisierung, die sich - wenn überhaupt - Schritt für Schritt entwickeln dürfte. Schließlich beschränken wir uns bei der Artikelauswahl nicht allein auf EU-Themen und EU-Politiken, sondern vergleichen durch eine themenübergreifende Analyse mögliche Europäisierungstendenzen mit anderen Formen von Transnationalisierung.

* Dieser Beitrag präsentiert erste Ergebnisse des Forschungsprojekts „Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für politische Ordnungen am Beispiel der EU“, die am SFB 597 „Staatlichkeit im Wandel“ (www.staat.uni-bremen.de) an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Bernhard Peters entstanden sind. Wir danken insbesondere Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt für hilfreiche Kommentare. Außerdem danken wir Thorben Köhn, Dennis Niemann, Hans-Gerhard Schmidt und Anne Veghte-Quatrevaux für ihre exzellente Unterstützung bei der Codierarbeit.

¹ Siehe Grimm (1995), Kielmansegg (1996), Peters (1999), Greven (2000), Habermas (2001), van de Steeg (2003); vgl. zu ersten empirischen Fallstudien bspw. Grundmann et al. (2000), Semetko et al. (2001), Trenz (2002), Risse/van de Steeg (2003), Kevin (2003).

Im ersten Teil des Beitrags unterscheiden wir vier Dimensionen der Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten und stellen dar, mit welcher vergleichenden Methode wir den Transnationalisierungs- bzw. Europäisierungsgrad messen werden. Im zweiten Teil präsentieren wir unsere empirischen Ergebnisse entlang der vier Europäisierungsdimensionen und zeigen jeweils, ob und inwieweit ein Wandel öffentlicher Diskurse stattgefunden hat. Diese Ergebnispräsentation wird in Auseinandersetzung mit einigen bereits vorliegenden empirischen Studien durchgeführt. Im dritten Teil schließlich reflektieren wir unseren Befund und analysieren, ob tatsächlich von einem Europäisierungs- oder eher von einem allgemeinen Westernisierungsprozess gesprochen werden sollte.

1 Vier Dimensionen der Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten

Wir verstehen *Europäisierung* bzw. *Transnationalisierung* als multidimensionale und graduelle Prozesse, die die Grenzen nationaler Räume überschreiten. Wir gehen also davon aus, dass unterschiedliche Muster und Qualitäten von Europäisierungs- und Transnationalisierungsprozessen auftreten können und diese differenziert zu analysieren sind.

Einen zentralen Ausgangspunkt bildet der Klassiker "Nationalism and Social Communication" von Karl W. Deutsch, in dem er argumentierte, dass eine nationale politische Gemeinschaft vor allem durch intensive Kommunikationen gekennzeichnet sei. Die zentralen Merkmale einer Nation seien demnach nicht primär geteilte Erfahrungen oder eine gemeinsame Geschichte, sondern die Fähigkeit ihrer Mitglieder "to communicate more effectively, and over a wider range of subjects with members of one large group than with outsiders" (Deutsch 1966, zuerst 1953, 97). Folglich müssten Europäisierung und Transnationalisierung als Prozesse kommunikativer Interaktion jenseits des Nationalstaates verstanden werden, die die Bedeutung nationaler Grenzziehungen in den Hintergrund treten lassen (vgl. auch Zürn 1998). Grenzüberschreitende Kommunikationsflüsse könnten dann einen gemeinsamen europäischen Kommunikationsraum schaffen, der durch *transnationale öffentliche Diskurse* integriert wird.

Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Überlegungen unterscheiden wir vier Dimensionen der Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten:

1. *Regieren unter öffentlicher Beobachtung* betrifft die vertikale Dimension medialer Aufmerksamkeit und fragt nach öffentlichen Diskursen über EU-Institutionen, EU-Akteure und EU-Politiken;
2. *Gegenseitige Beobachtung* bezieht sich demgegenüber auf die horizontale Dimension medialer Aufmerksamkeit und fragt nach der Diskussion über andere europäische Länder in öffentlichen Debatten;
3. *Diskursiver Austausch* meint den Austausch von Meinungen und Argumenten über nationale Grenzen hinweg und fragt danach, ob Europäer nur übereinander oder auch miteinander reden;
4. *Kollektive Identität* schließlich umfasst die Frage, inwieweit Europäer bereits ein Gefühl von Zugehörigkeit zu einer europäischen Gemeinschaft entwickelt haben.

(1) Die erste Dimension *Regieren unter öffentlicher Beobachtung* fragt danach, inwieweit über EU-Institutionen und EU-Politiken öffentlich diskutiert wird bzw. ob politische Entscheidungen, die auf europäischer Ebene zu treffen sind, einem ähnlichen öffentlichen Legitimationsdruck ausgesetzt werden wie umstrittene innenpolitische Entscheidungen. Diese Dimension betrifft also die Frage, inwieweit es europäischen Bürgern möglich ist, sich in den Medien über europapolitische Entscheidungsalternativen zu informieren und diese eingehend zu prüfen. Häufig wird vermutet, dass EU-Politik kaum öffentlich thematisiert werde, weil bekanntlich die Logik des europäischen Mehrebenensystems die nationalen Exekutiven stärkt, so dass die nationalen Oppositionen an Einfluss verlieren und die Regierungsparteien nur selten auffordern, sich öffentlich zu rechtfertigen (vgl. Moravcsik 1998, 18f.). Empirisch nehmen wir deswegen an, dass sich öffentliche Diskurse europäisieren, wenn die Relevanz europapolitischer Entscheidungen zunimmt und daraufhin EU-Institutionen und EU-Akteure verstärkt von den Medien als einflussreiche Sprecher wahrgenommen werden.

(2) Während sich die erste Dimension *Regieren unter öffentlicher Beobachtung* auf EU-Institutionen und -Politiken konzentriert, deckt die zweite Dimension *Gegenseitige Beobachtung* die Frage ab, inwieweit sich öffentliche Diskurse „horizontal“ auf andere europäische Länder ausdehnen. Ruud Koopmans und Jessica Erbe haben zu Recht darauf hingewiesen, dass “in an intergovernmental polity, it may matter a great deal who wins the elections in another member state, or what kind of new policy another member state develops in a particular policy field” (Koopmans/Erbe 2003, 4). In einer zunehmend integrierten EU betreffen Entscheidungen der nationalen Regierungen kaum noch ausschließlich die jeweiligen nationalen Gesellschaften, sondern haben meist auch Konsequenzen für alle anderen EU-Mitgliedsländer, so dass eine gegenseitige Beobachtung wichtig wäre. Empirisch vermuten wir, dass öffentliche Diskurse umso europäisierter sind, je mehr über politische Entwicklungen in anderen europäischen Ländern in den nationalen Medien informiert und berichtet wird.

Sowohl die erste Dimension als auch die Dimension *Gegenseitige Beobachtung* stellen segmentierte Formen von Europäisierung dar: Sie dehnen zwar die Reichweite öffentlicher Diskurse aus, aber setzen nicht schon die Entstehung eines neuen transnationalen Kommunikationsraums voraus, der sich jenseits nationalstaatlicher Grenzen lokalisiert. *Regieren unter öffentlicher Beobachtung* fordert lediglich parallele öffentliche Debatten über die EU, ohne dass diese miteinander verknüpft sein müssen. Die zweite Dimension überwindet die Segmentierung zumindest teilweise, indem sie andere europäische Länder als relevante Einheiten in öffentliche Debatten einbindet, aber sie setzt natürlich noch keinen wechselseitigen Diskurs zwischen Sprechern aus verschiedenen Ländern voraus – wenn Europäer übereinander sprechen, sprechen sie noch nicht notwendigerweise miteinander.

(3) Die dritte Dimension ergänzt dies durch den *Diskursiven Austausch* zwischen verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten. Aus normativer Perspektive erscheint ein diskursiver Austausch als eine entscheidende Voraussetzung für die Entstehung grenzüberschreitender Meinungs- und Willensbildungsprozesse, denn nur dann können die Positionen und Argumente anderer europäischer Sprecher berücksichtigt werden und als Referenzpunkte dienen. In diesem Sinne wird diskursiver Austausch als ein Mechanismus gedeutet, um Tendenzen nationaler Isolation und Selbstbezogenheit zu überwinden (vgl. Scharpf 1999, 688). Empi-

risch fragt diese Dimension anschließend an Jürgen Habermas danach, bis zu welchem Grad „sich die intakt bleibenden Kommunikationskreisläufe der nationalen Arenen füreinander öffnen“ und „so miteinander verschränken, dass die relevanten Beiträge osmotisch aus den jeweils anderen Arenen aufgesogen“ werden (Habermas 2001, 120).

Obwohl heute ein weitgehender Konsens darüber besteht, dass kommunikative Verknüpfungen zwischen nationalen Sphären eine notwendige Bedingung europäischer Öffentlichkeit darstellen, gibt es einen breiten Dissens zu der Frage, an welchen Merkmalen sich transnationale Diskurse erkennen lassen. Klaus Eder und Cathleen Kantner sprechen bereits dann von „diskursiven Interaktionen in der europäischen Öffentlichkeit“, wenn in den „nationalen Medien zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter den gleichen Relevanzgesichtspunkten diskutiert“ (2002, 81) werden. Unklar bleibt dann jedoch, wie wir sicher sein können, dass „diskursive Interaktionen“ ablaufen, wenn die nationalen Diskurse bloß thematisch parallel geführt werden, ohne dass sich die Diskursteilnehmer gegenseitig bewusst wahrnehmen. Wir gehen davon aus, dass nationale Öffentlichkeiten umso transnationalisierter sind, je mehr in den Medien die Meinungen und Argumente ausländischer Sprecher in Diskussionsbeiträgen wie bspw. Kommentaren kritisch oder befürwortend aufgegriffen werden.

(4) Die vierte Dimension *Kollektive Identität* schließlich deutet Europäisierung als die Entstehung einer transnationalen Kommunikationsgemeinschaft, die sich nicht unbedingt durch einen diskursiven Austausch, sondern durch ein kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl integriert und auszeichnet. In der Literatur wird häufig die Entstehung einer europäischen Identität oder eines europäischen *Demos* als notwendige Legitimationsbedingung für europäisches Regieren vorausgesetzt (Scharpf 1999; Weiler 1999; Cederman 2001). Peter Graf Kielmansegg argumentiert, nur eine stabile europäische Identität garantiere die Loyalität der Bürger gegenüber europapolitischen Entscheidungen, die nicht ihren persönlichen Interessen entsprechen (Kielmansegg 1996, 54). Auch wenn keine tief verwurzelte kollektive Identität aller Europäer zu erwarten sei, die nationale Identitäten vergessen lässt, könnte sich „some minimum sense of belonging to the same community“ bereits eingestellt haben (Risse 2003, 8). Deswegen interessiert uns in erster Linie, ob sich die Sprecher zumindest als Teilnehmer eines gemeinsamen europäischen Diskurses verstehen und sich fragen, „whether and why an issue is relevant for us“ (Trenz 2004, 308). Wenn Diskursteilnehmer aus einer europäischen „Wir“-Perspektive argumentieren erkennen sie wenigstens an, dass das diskutierte Thema alle Mitglieder unserer Gemeinschaft betrifft. Als groben, aber verlässlichen Indikator zur Messung der vierten Dimension codierten wir alle expliziten „Wir“-Bezugnahmen und entschieden jeweils, ob sich der Sprecher in seinem Meinungsbeitrag auf ein europäisches („wir“ Europäer) oder auf ein anderes Kollektiv bezieht.

Tabelle 1 fasst die Dimensionen der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten zusammen und gibt einen ersten Überblick darüber, wie wir unsere vier Dimensionen operationalisiert haben.

Tabelle 1: Vier Dimensionen der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten

1. Regieren unter öffentlicher Beobachtung	
Sichtbarkeit von EU-Institutionen	Werden EU-Institutionen in der öffentlichen Debatte beachtet? <i>Indikator: Erwähnung von EU-Institutionen</i>
Aufmerksamkeit für EU-Politik	Wird EU-Politik zum Gegenstand öffentlicher Debatten? <i>Indikator: EU-Politik als Hauptthema des Artikels</i>
2. Gegenseitige Beobachtung	
Aufmerksamkeit für europäische Länder	Wird Europa zum relevanten Bezugsraum öffentlicher Debatten? <i>Indikator: Bezugnahmen auf europäische Länder</i>
3. Diskursiver Austausch	
Diskursive Bezugnahmen auf ausländische Sprecher	Wie offen sind die Öffentlichkeiten für einen diskursiven Austausch mit anderen Öffentlichkeiten? <i>Indikator: Direkte und indirekte Zitate ausländischer Akteure</i>
4. Kollektive Identität	
Gefühl von kollektiver Zusammengehörigkeit	Entwickelt sich ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Öffentlichkeit? <i>Indikator: Verwendung des Ausdrucks „Wir-Europäer“</i>

1.1 Drei Kategorien zur Analyse des Europäisierungsgrades

Darüber hinaus haben wir drei Analysekatgorien unterschieden, um die Qualität des erreichten Europäisierungsgrades vergleichend bestimmen zu können: den Trend und das Niveau der Transnationalisierung sowie ihre geographische Reichweite.

Der *Trend* bezieht sich auf den Prozess, also auf die Zu- oder Abnahme grenzüberschreitender Beobachtung bzw. Interaktion: Wie stark hat sich eine europäische Medienöffentlichkeit in den letzten Jahren entwickelt? Wir messen den Trend relational zu nationalen Entwicklungstendenzen, um abschätzen zu können, inwieweit wir tatsächlich einen Europäisierungstrend oder andere Transformationsprozesse beobachten. Beispielsweise könnten wir bei einem zunehmenden Medieninteresse für EU-Politik noch nicht *per se* von einem Europäisierungstrend sprechen, da diese Entwicklung auch das Resultat einer generellen Zunahme politischer Diskussionsbeiträge sein könnte. Nur wenn *der Anteil* an Meinungsbeiträgen zu EU-Politiken im Verhältnis zur Debatte über nationale Politik mehr oder weniger stark ansteigt, beobachten wir einen mehr oder weniger starken Europäisierungstrend.

Das *Niveau* bezieht sich auf den bereits erreichten Level an Europäisierung, also auf den quantitativen Status Quo an europäisierten Debatten: Welches Europäisierungsniveau haben nationale Medienöffentlichkeiten heute erreicht? Selbst wenn wir einen stabilen Trend finden sollten, könnte sich dieser auf einer sehr niedrigen Entwicklungsstufe bewegen, so dass auch bei einer starken Zunahme kaum von einer vollzogenen Transformation nationaler Medienöffentlichkeiten ausgegangen werden sollte. Ebenso wie bei der Messung des Trends bestimmen wir das Niveau vergleichend mit nationalen Themen, um den Grad an Europäisierung beurteilen zu können.

Die dritte Kategorie zur Bestimmung der Europäisierungsqualität bezieht sich auf die *geographische Reichweite* der Transnationalisierung: Haben sich nationale Medienöffentlichkeiten wirklich europäisiert oder reicht die transnationale Interaktion über Europa hinweg und mündet in eine allgemein westlich orientierte oder sogar globalisierte Medienöffentlichkeit? Dieser Vergleichsmaßstab bewahrt uns davor, die potentiellen Effekte der europäischen Integration auf den Wandel nationaler Medienöffentlichkeiten zu über- oder unterschätzen, da die gestiegene politische Bedeutung der EU nicht die einzige Ursache für einen eventuellen Transformationsprozess sein muss. Einige Studien deuten darauf hin, dass auch neue Kommunikationstechnologien, internationale Nachrichtenagenturen und der wachsende Einfluss internationaler, insbesondere US-amerikanischer Medienkonzerne zur Entstehung transnationaler Kommunikationsflüsse beitragen könnten (Thompson 1995; Held et al. 1999; Beisheim et al. 1999; Boyd-Barrett/Rantanen 1998). Weltpolitische Zäsuren wie das Ende des Kalten Krieges oder der neue internationale Terrorismus seit dem 11. September 2001 könnten ebenfalls die Intensivierung eines grenzüberschreitenden politischen Diskurses vorangetrieben haben.

Wir untersuchen systematisch zwei unterschiedliche Muster der Transnationalisierung: Europäisierung und Westernisierung. Falls die Kommunikationen innerhalb Europas zunehmen, beobachten wir Europäisierung. Finden wir einen parallelen Anstieg in der transatlantischen Kommunikation, so handelt es sich um Westernisierung. Damit bewegt sich die Spannbreite möglicher empirischer Ergebnisse zwischen der deutlichen Zunahme transnationaler oder gar globaler Austauschprozesse und der Feststellung, dass sich eine Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeiten nicht einmal innerhalb Europas vollzogen hat.

1.2 Textsample und Länderauswahl

Im Gegensatz zu vielen anderen Studien enthält unser Textsample ausschließlich die Meinungsbeiträge (Leitartikel, Kommentare, Kolumnen, Gastbeiträge, Interviews und sonstige Beiträge mit diskursiven Inhalten) des Politikteils unserer ausgewählten Zeitungen, um unserem zentralen Erkenntnisinteresse an der potentiellen Europäisierung bzw. Transnationalisierung *öffentlicher Diskurse* gerecht werden zu können. *Öffentliche Diskurse* stellen ein bestimmtes Segment öffentlicher Kommunikation dar, nämlich Kommunikationen, in denen *argumentative* Auseinandersetzungen über problematisierte Themen eine tragende Rolle spielen.

Zudem haben wir ein themenübergreifendes Textsample gewählt, damit wir analysieren können, ob sich ein Europäisierungs- oder ein weiter gefasster Westernisierungsprozess vollzogen hat. Um einen potentiellen Wandel überhaupt erfassen zu können, beginnen wir unsere Inhaltsanalyse bereits 1982 auf dem Höhepunkt der sogenannten „Eurosklерose“, die den Integrationsprozess zeitweilig zum Erliegen brachte, und schreiten dann in Sieben-Jahres-Intervallen (1989 und 1996) bis ins Jahr 2003 voran.² So haben wir die Chance zu

² Unser Textsamples beinhaltet zwei konstruierte Wochen pro Zeitung/Jahr: Wir wählten per Zufallsauswahl jeweils zwei Montage, zwei Diensttage usw. und bezogen alle Meinungsbeiträge der Politikteile dieser Ausgaben ein; zur Repräsentativität dieser Methode siehe Riffe et al. (1993). Unser so gewonnenes Sample beinhaltet 3059 Artikel: FAZ 769, LE MONDE 534, TIMES 598, PRESSE 604 und POLITIKEN 554. Ein Reliabilitätstest wurde anhand von 100 zufällig ausgewählten Artikeln mit allen acht Kodierern durchgeführt; die Werte sind für alle relevanten Variablen zufriedenstellend: Institutionen (kappa 0.79), Thema des Artikels (kappa 0.75), geographischer Fokus (0.80), diskursive Referenzen (kappa 0.70), „Wir“-Referenzen (kappa 0.67).

prüfen, ob eine Vertiefung der europäischen Integration – von der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarkts bis zur Einrichtung des Europäischen Verfassungskonvents – Hand in Hand ging mit einer Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten.

Unser Sample beinhaltet jeweils eine Qualitätszeitung aus Deutschland (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Großbritannien (The Times), Frankreich (Le Monde), Österreich (Die Presse) und Dänemark (Politiken). Der Fokus auf Qualitätszeitungen resultiert aus der Vermutung, dass sich – wenn überhaupt – nur in diesen Medien eine Europäisierung oder Transnationalisierung öffentlicher Diskurse entwickelt haben könnte, und nicht etwa in Regional- oder Boulevardzeitungen. Sollten wir nicht einmal in diesen sogenannten „Elitezeitungen“ einen signifikanten Europäisierungstrend nachweisen können, wäre dieser in anderen Medien sicher noch weniger zu erwarten.³

2 Empirische Ergebnisse

Nachdem im ersten Teil der theoretische Analyserahmen ausgearbeitet wurde, präsentieren wir nun die empirischen Ergebnisse unserer Inhaltsanalyse entlang der vier Dimensionen europäischer Öffentlichkeit: Regieren unter öffentlicher Beobachtung, gegenseitige Beobachtung, diskursiver Austausch und kollektive Identität.

2.1 *Regieren unter öffentlicher Beobachtung*

Die Dimension *Regieren unter öffentlicher Beobachtung* lässt sich auf zwei Forschungsfragen zuspitzen: Spielt die EU – verglichen mit anderen nationalen oder internationalen Institutionen – eine zunehmend wichtigere Rolle in medial geführten Debatten? Und zweitens: Inwieweit werden EU-Politiken im direkten Vergleich zu nationalen oder anderen außenpolitischen Themenfeldern verstärkt öffentlicher Beobachtung unterzogen? Unsere Daten zeigen zumindest in der ersten Dimension eine klare Europäisierungstendenz.

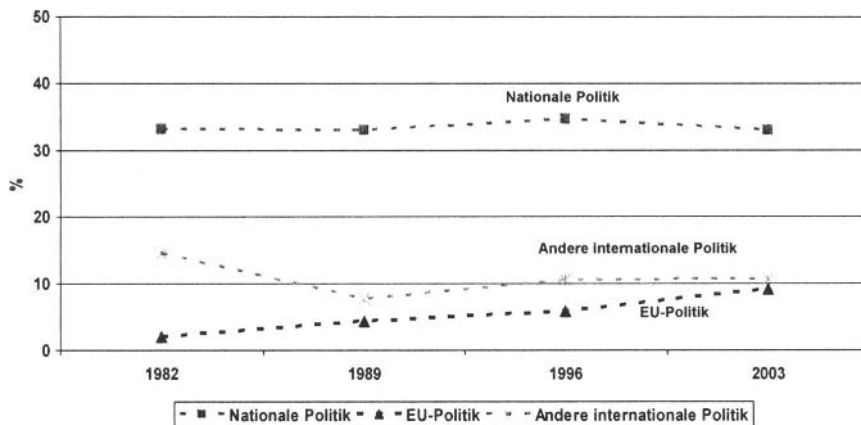
Wir messen die *Sichtbarkeit internationaler Institutionen* durch die Codierung aller politischen Institutionen (nationale Institutionen, EU-Institutionen und sonstige internationale Institutionen), die im Artikel erwähnt werden. Hier finden wir einen statistisch signifikanten Wandel: Die gestiegene politische Relevanz der Europäischen Union spiegelt sich in Form einer wachsenden Sichtbarkeit von EU-Institutionen in öffentlichen Debatten wider. Die Einbeziehung von EU-Institutionen hat sich seit 1982 mehr als verdoppelt und erreichte 2003 einen Stand von immerhin 29%. Gleichzeitig bleibt aber auch festzuhalten, dass nationale Institutionen insgesamt (mit durchschnittlich 63%) die öffentlichen Debatten dominierten und auch 2003 noch häufiger erwähnt wurden als alle europäischen und internationalen Institutionen zusammengenommen. Somit nahm die mediale Relevanz nationaler Institutionen keineswegs schlagartig ab, obwohl die Beobachtung von und die Diskussion um EU-Institutionen angestiegen war.

³ In einer kleinen Vorstudie haben wir unsere Zeitungen mit einer jeweils anderen führenden nationalen Qualitätszeitung verglichen, z.B. die Süddeutsche Zeitung mit der FAZ und den Guardian mit der Times: Die festgestellten Unterschiede der für uns relevanten Variablen sind größtenteils gering und nicht signifikant; bei signifikanten Unterschieden wählten wir immer die leicht europäisiertere Zeitung, um unsere These zu stärken.

Zweifelloos handelt es sich dabei um einen Europäisierungsprozess und nicht um ein grundsätzliches Phänomen zunehmender Transnationalisierung, da der prozentuale Anteil anderer internationaler Institutionen zwar stabil blieb, aber im Untersuchungszeitraum hinter die Aufmerksamkeit für EU-Institutionen zurückfiel. Diesbezüglich dient die NATO als ein guter Indikator für die (Nicht-) Existenz einer zunehmenden Westernisierung, da sie als transatlantische Institution *per se* bezeichnet werden kann, aber dennoch nur durchschnittlich 5% aller Erwähnungen auf das westliche Militärbündnis entfielen. Andere politisch relevante „westliche“ Institutionen wie die OECD und die WTO waren im öffentlichen Diskurs noch weniger sichtbar. Nur die öffentliche Aufmerksamkeit für die UN (8% im Durchschnitt) hatte 2003 im Kontext der Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates anlässlich der US-amerikanisch geführten Irak-Intervention kurzzeitig stark zugenommen.

Ein zweiter Aspekt dieser Dimension ist die *öffentliche Aufmerksamkeit für EU-Politiken*: Bis zu welchem Grad verlagern sich öffentliche Debatten von nationalen Politikfeldern hin zu EU-Politiken oder anderen außenpolitischen Themen? Zunächst haben wir alle Artikel codiert, in denen EU-Politiken das Hauptthema bilden. Zusätzlich haben wir noch all jene Artikel erfasst, in denen EU-Politiken überhaupt erwähnt wurden, auch wenn sie nicht im Mittelpunkt des Meinungsbeitrags standen. Somit können wir über den thematischen Fokus des Artikels hinausgehend analysieren, inwieweit EU-Politiken in der Diskussion um nationale Themen zumindest eine (Neben-)Rolle spielten.

Abbildung 1: Fokus auf EU-Politik?



Quelle: Repräsentative Stichprobe der diskursiven Artikel in FAZ, LE MONDE, THE TIMES, DIE PRESSE und POLITIKEN in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (N=2964)

Abbildung 1 zeigt selbst dann einen starken und statistisch signifikanten Europäisierungstrend, wenn nur das zentrale Thema des Artikels in den Blick genommen wird. Während EU-Politik im Jahre 1982 nur in 2% aller Meinungsartikel im Mittelpunkt stand, hatte sich dieser Anteil bis 2003 mehr als verdreifacht (9%). Auch diese Entwicklung ist nicht in einen allgemeinen Trend zur Transnationalisierung eingebettet, denn andere außenpolitische Themen wurden nicht häufiger debattiert als bereits 1982. Im Fokus der Debatten um

EU-Politik standen die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, die Währungs- und Finanzpolitik, die Industrie- und Wettbewerbspolitik sowie Fragen zur Erweiterung. Agrarpolitik sowie Innen- und Justizpolitik wurden weniger oft diskutiert. Trotzdem sollte nicht übersehen werden, dass das Europäisierungsniveau nach wie vor ziemlich niedrig ist, denn in nur durchschnittlich 5% aller Artikel wurden in erster Linie EU-Politiken diskutiert. Mit durchschnittlich 11% übertrafen andere außenpolitische Themen die Aufmerksamkeit für EU-Politiken – auch wenn beide 2003 annähernd das gleiche Niveau erreicht hatten.

Die Präsenz der EU in der nationalen Qualitätspresse kann auch durch die Anzahl der Artikel erfasst werden, in denen EU-Politik nur am Rande diskutiert wird. Wenn wir viele Verweise auf EU-Politiken finden sollten, ohne dass diese im Fokus der Meinungsbeiträge stehen, würde dies auf eine „Domestifizierung“ der EU hindeuten (vgl. Börzel/Risse 2000). Tatsächlich wurden in 16% aller Artikel EU-Politiken am Rande erwähnt und in innenpolitische Debatten eingebettet, und diese Nebenthematisierung hat sich von 8% (1982) auf 22% (2003) erhöht. Diese Tendenz geht einher mit der Zunahme an Artikeln, in denen EU-Politiken im Mittelpunkt stehen, aber das Niveau der Meinungsbeiträge, in denen diese zumindest am Rande erwähnt werden, ist natürlich viel höher. Als Fazit der ersten Dimension lässt sich sagen, dass wir einen parallelen und starken Europäisierungstrend beobachten, und nicht etwa Stagnation oder alternative Formen der Transnationalisierung.

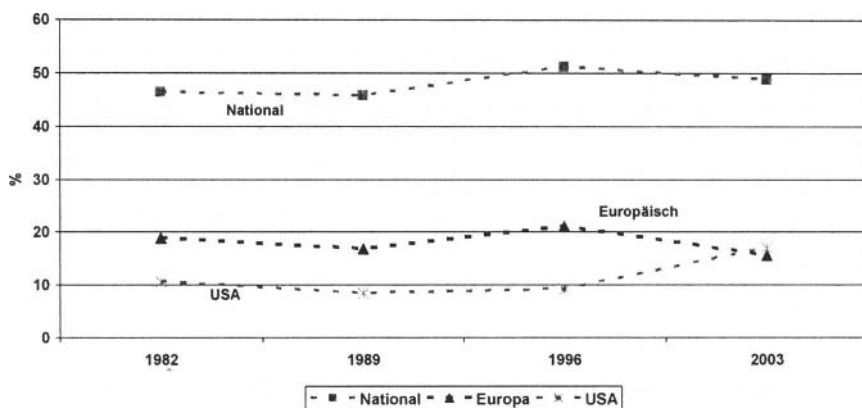
Unsere Ergebnisse können zur Ergänzung und Relativierung existierender Studien beitragen: Gerhards hatte in seiner Pionierstudie zur Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten die politische Berichterstattung deutscher Qualitätszeitungen von 1950-1995 analysiert. Er beobachtete eine leichte Abnahme der Berichterstattung über den europäischen Integrationsprozess bis zum Beginn der 90er Jahre und nur einen leichten Anstieg von 1990 bis 1995. Dieser Befund führte ihn zur These, dass eine Europäisierung der deutschen Qualitätspresse bislang nicht stattgefunden habe (Gerhards 2000). Anschließend daran zeigen unsere Daten nun, dass die leichte Zunahme an europapolitischer Berichterstattung in den 90ern in der Tat als Beginn eines klaren Europäisierungstrends bezeichnet werden muss, der sich zumindest bis 2003 fortgesetzt hat. Und es gibt auch keinen guten Grund anzunehmen, dass dieser Trend in absehbarer Zeit gestoppt wird, solange Themen wie die EU-Erweiterung oder die geplante Europäische Verfassung auf der politischen Agenda stehen.

Überraschenderweise besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen Studien, die kaum Europäisierungstendenzen in nationalen Medienöffentlichkeiten nachweisen können (vgl. Eilders/Voltmer 2003; Gerhards 2000), und den sehr optimistischen Ergebnissen von Holger Sievert (1998) und Hans-Jörg Trenz (2004), die von einer inzwischen stark europäisierten Qualitätspresse sprechen. Unsere Daten belegen erstens, dass diese Diskrepanz vor allem mit dem beachtlichen Anstieg Ende der 90er Jahre erklärt werden kann, weil Sievert und Trenz erst hier ihre Analyse begonnen haben. Zweitens bestätigen unsere Daten dank des mehrdimensionalen Designs die These von Friedhelm Neidhardt, dass die Ursache der sich teilweise widersprechenden Forschungsergebnisse in der jeweils angewendeten Methodik und Fallauswahl zu finden sei (vgl. Neidhardt i.d.B.). Trenz beispielsweise nimmt „all political references to Europe“ als zentralen Indikator, so dass er als Konsequenz auf ein relativ hohes Europäisierungsniveau verweisen kann (Trenz 2004, 311). Wenn wir dieser Methode unser etwas anspruchsvolleres Kriterium gegenüberstellen, nach dem EU-Politiken im Mittelpunkt des Artikels stehen müssen, finden wir auch im Jahre 2003 mit nur 9% ein deutlich geringeres Europäisierungsniveau.

2.2 Gegenseitige Beobachtung

Bisher wissen wir noch nicht, ob nationale Medienöffentlichkeiten lediglich eine *segmentierte* Form von Europäisierung in dem Sinne erreicht haben, als dass sie zwar zunehmend über die EU diskutierten, aber die politischen Entwicklungen in anderen europäischen Ländern nicht öfter kommentierten: Beobachten sich die europäischen Länder auch gegenseitig intensiver? Oder finden wir keinen Europäisierungs-, sondern vielmehr einen Westernisierungs- oder gar Globalisierungstrend? Unsere Daten zeigen: Nichts davon ist der Fall, denn die Aufmerksamkeit für andere Länder ist seit Beginn der 80er Jahre relativ stabil geblieben.

Abbildung 2: Fokus auf andere europäische⁴ Länder?



Quelle: Repräsentative Stichprobe der diskursiven Artikel (inkl. Presseschauen) in FAZ, LE MONDE, THE TIMES, DIE PRESSE und POLITIKEN in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (N=3059)

Abbildung 2 stellt alle Artikel, in denen über andere europäische Länder diskutiert wurde, denjenigen Beiträgen gegenüber, die das eigene Land oder die USA in den Mittelpunkt rücken. Nur so können wir die geographische Reichweite eines möglichen Transnationalisierungsprozesses bestimmen.⁵ Die Daten zeigen weder einen konsistenten Europäisierungs- noch einen klaren Amerikanisierungstrend. Europäische Länder erreichten 1996 die größte und 2003 die vergleichsweise geringste Aufmerksamkeit; demgegenüber haben sich die Diskussionen über die USA von 1996 bis 2003 deutlich verstärkt.

Um dieses Ergebnis ansatzweise erklären zu können, bietet sich ein Blick auf die damaligen weltpolitischen Ereignisse an: Die Jahre 1982, 1989 und 2003 wurden von dem

⁴ Für diese Analyse haben wir nur die europäischen Länder, die westlich des „eisernen Vorhangs“ lagen, als Europa gezählt. Die Integration der osteuropäischen Länder hätte zu einer Verzerrung geführt, weil diese mit dem Fall ihrer autoritären Regime um 1989 in den Mittelpunkt des Medieninteresses gerückt sind, was dann in dieser Auswertung fälschlich als Europäisierungstrend erschienen wäre. Tatsächlich hätten wir dann nur den Effekt der Regime-Wechsel in Osteuropa gemessen.

⁵ Der geographische Fokus des Artikels wird bestimmt durch die Länder, die in der Überschrift und dem ersten Absatz genannt werden.

Falkland-Krieg, dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Irak-Krieg dominiert. Infolge des 11. Septembers 2001 und der anschließenden Militarisierung der US-amerikanischen Außenpolitik wurde 2003 in allen Zeitungen unseres Samples am häufigsten über die USA und den Irak diskutiert. In diesem Jahr erreichten die USA sogar eine größere Präsenz in den Meinungsbeiträgen unserer Zeitungen als alle europäischen Länder zusammen. Während diese historischen Ereignisse der Weltpolitik also auch die Inhalte öffentlicher Debatten beeinflusst haben, blieb der Einfluss der EU auf den geographischen Fokus der Artikel marginal: Beispielsweise hatten die EU-Beiträge Spaniens, Finnlands oder Österreichs keinen Effekt auf öffentliche Debatten in anderen europäischen Ländern, denn über die „Neulinge“ wurde in keiner unserer Zeitungen häufiger diskutiert als vor ihren EU-Mitgliedschaften.

Auch wenn sich keine klaren Trends abgezeichnet haben, sind die unterschiedlichen Formen der Transnationalisierung interessant: Jeder zweite Artikel hatte einen transnationalen Fokus, und dieses Niveau ist in den letzten 20 Jahren relativ stabil geblieben. Somit kann festgehalten werden, dass zumindest die Qualitätszeitungen die wichtigsten Ereignisse jenseits der eigenen nationalen Grenzen kontinuierlich und lebhaft kommentierten. Allerdings lag der Fokus nicht auf europäischen Ländern, die nur in 18% aller Artikel im Mittelpunkt standen – am häufigsten wurde noch über die drei größten und einflussreichsten EU-Mitgliedsländer Großbritannien, Frankreich und Deutschland diskutiert. Die USA allein spielten in 12% der Artikel eine zentrale Rolle, so dass sich schlussfolgern lässt: Es waren die mächtigen, nicht so sehr die europäischen Länder, die den öffentlichen Diskurs dominierten.

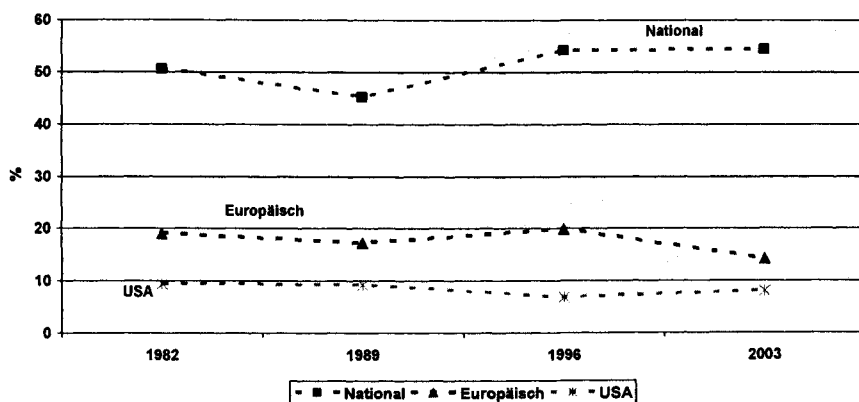
2.3 *Diskursiver Austausch*

Während die beiden vorherigen Dimensionen europäischer Öffentlichkeit nach der Präsenz anderer Länder und der EU in öffentlichen Debatten gefragt haben, fordert unsere dritte Dimension ausdrücklich einen diskursiven Austausch über nationale Grenzen hinweg: Inwieweit sind nationale Medienöffentlichkeiten durchlässig für öffentliche Meinungen, die in anderen Ländern vertreten werden? Wir reduzierten Jürgen Habermas' abstrakte Formel einer osmotischen Diffusion relevanter Beiträge (vgl. Habermas 2001, 120) auf die konkrete Forschungsfrage, inwieweit die Meinungen und Argumente ausländischer Sprechern in der nationalen Qualitätspresse aufgegriffen, reflektiert oder sogar direkt reproduziert werden. Weil Zeitungen verschiedene potentielle Foren für einen solchen transnationalen Meinungsaustausch bereitstellen, unterschieden wir zwischen diskursiven Referenzen und diskursiven Beiträgen. Diskursive Referenzen sind direkte oder indirekte Zitate, die mindestens zwei Sätze lang sein müssen, um wenigstens ein Argument referieren und kommentieren zu können. Diskursive Beiträge sind Meinungsartikel und Interviews – zwei Formate, die ausführliche Argumentationen erlauben.

Werfen wir zuerst einen Blick auf die Rolle, die EU-Institutionen (bzw. ihre Sprecher) im öffentlichen Diskurs spielten. Oben hatten wir darauf hingewiesen, dass die Erwähnungen von EU-Institutionen im Jahr 2003 mit 29% ein relativ hohes Niveau erreichten, während EU-Politiken weniger oft in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt wurden. Wenn wir die diskursiven Bezugnahmen in den Blick nehmen, stellt sich das Bild anders dar: Die EU hat es zwar geschafft, sich als relevante Institution in den nationalen Öffent-

lichkeiten zu etablieren, aber die EU-Akteure spielten trotzdem bestenfalls eine passive Rolle, da sie im öffentlichen Diskurs kaum berücksichtigt wurden: In nicht einmal 5% aller Artikel wurden EU-Repräsentanten zitiert, was nicht sonderlich überraschend wäre, wenn die Meinungen ausländischer Sprecher in nationalen Debatten generell kaum aufgegriffen würden. Wie Abbildung 3 jedoch zeigt, war dies nicht der Fall, denn nur ungefähr jede zweite diskursive Referenz entfiel auf nationale Sprecher, so dass im Umkehrschluss also auch jede zweite Referenz ausländische Sprecher zu Wort kommen ließ.

Abbildung 3: Kommen europäische Sprecher zu Wort?



Quelle: Diskursive Referenzen in der repräsentativen Stichprobe der diskursiven Artikel in FAZ, LE MONDE, THE TIMES, DIE PRESSE und POLITIKEN in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (N=2640)

Dieses hohe Transnationalisierungsniveau von ca. 50% ist relativ stabil. Ein Trend zu mehr diskursiven Bezugnahmen auf europäische Sprecher, auf die nur durchschnittlich 17% der Referenzen entfielen, ist nicht zu erkennen. Vor allem 2003 war ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der erneut auf weltpolitische Entwicklungen zurückgeführt werden muss. Der internationale Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September lenkte die Aufmerksamkeit weg von Europa, auch wenn als Konsequenzen keine reine „Amerikanisierung“ öffentlicher Debatten beobachtet werden konnte, denn der Anteil der diskursiven Bezüge auf US-amerikanische Sprecher liegt stabil bei knapp unter 10%. Dies ist überraschend, wenn man bedenkt, dass die bloßen USA-Erwähnungen im Jahr 2003 (siehe oben) offensichtlich viel stärker zugenommen haben als die diskursiven Bezugnahmen auf US-amerikanische Sprecher. Dieser Unterschied deutet nicht etwa auf eine vertiefte transatlantische Diskursgemeinschaft hin, sondern eher auf eine kritische Auseinandersetzung mit der neuen US-amerikanischen Außenpolitik, ohne jedoch einen transnationalen Diskurs zu führen.

Damit scheint sich die Transnationalisierung öffentlicher Diskurse auf einem relativ hohen Niveau zu konsolidieren, ohne dass ein Europäisierungs- oder Westernisierungstrend vorliegt. Darüber hinaus sollte festgehalten werden, dass ausländische Sprecher nur sehr selten die Chancen bekamen, ihre Meinungen ausführlicher in Interviews oder Gastbeiträgen (*Diskursive Beträge*) zur Geltung zu bringen: 82% der Gastbeiträge wurden von natio-

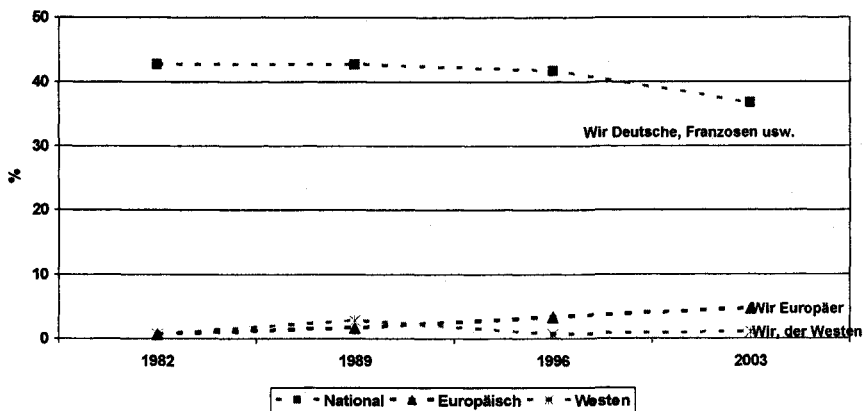
nen Autoren verfasst. Gleichwohl kann ein Europäisierungstrend auf niedrigstem Niveau konstatiert werden, da der Anteil an Gastbeiträgen von Autoren aus anderen europäischen Ländern zwischen 1982 und 2003 von nur 2% auf 9% angestiegen war.

Unsere Ergebnisse stimmen mit der Studie von Juan Diez Medrano überein, der die Leitartikel deutscher, britischer und spanischer Qualitätszeitungen zwischen 1946 und 1997 analysiert hat und ebenfalls nur schwache Kommunikationen zwischen nationalen Öffentlichkeiten findet, aber dafür eine thematische Konvergenz nachweisen konnte (vgl. Medrano 2003, 211). Da auch wir keinen signifikanten Anstieg an transnationalen Interaktionen nachweisen können, schlagen wir vor, den Status Quo als *Segmentierte Europäisierung* zu bezeichnen: Nationale Medienöffentlichkeiten sind in dem Sinne europäisiert, als dass sie aufmerksamer die EU beobachten; der diskursive Austausch zwischen verschiedenen europäischen Sprechern stagniert aber auf niedrigem Niveau.

2.4 Kollektive Identität

Die letzte Dimension fragt, ob sich die Diskursteilnehmer und die referierten Sprecher selbst als „Europäer“ identifizierten oder sich stattdessen anderen (nationalen oder transnationalen) Gemeinschaften zugehörig fühlten. Dazu haben wir alle „Wir“-Bezugnahmen zu den verschiedenen Kollektive wie „wir Deutsche“, „wir Franzosen“, „wir, der Westen“ oder eben „wir Europäer“ gezählt und die Anteile an den Wir-Bezügen insgesamt verglichen.

Abbildung 4: Identifizieren sich die Sprecher als „Europäer“?



Quelle: Wir-Bezüge in der repräsentativen Stichprobe der diskursiven Artikel in FAZ, LE MONDE, THE TIMES, DIE PRESSE und POLITIKEN in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (N=1510)

Abbildung 4 zeigt einen moderaten Europäisierungstrend kollektiver Identität („wir Europäer“) von unter 1% auf 5% im Jahr 2003, der jedoch auf niedrigem Niveau verharret. Bei einem durchschnittlichen Wert von nur 3% kann von einer europäischen Identität im öffentlichen Diskurs kaum gesprochen werden. Gleichzeitig identifizierten sich die Sprecher nicht häufiger mit dem Westen („wir, der Westen“) als bereits 1982, während die persönli-

che Identifikation mit der eigenen Nation als zentraler Referenzpunkt zwischen 1996 und 2003 auf hohem Niveau leicht abgenommen hat, aber mit einem Durchschnittswert von 40% nach wie vor klar dominiert.

Damit bestätigen unsere Ergebnisse die gängige Vermutung, dass die meisten Sprecher noch weit davon entfernt sind, sich im öffentlichen Diskurs als Europäer zu begreifen bzw. eine europäische Identität nationalen Zugehörigkeitsgefühlen überzuordnen (vgl. Grimm 1995; Kielmansegg 1996; Scharpf 1999). Im Gegensatz zu der Studie von Thomas Risse und Marianne van de Steeg, die erste Ansätze einer gemeinsamen europäischen Identität in einem allerdings wenig repräsentativen Fall, nämlich der Haider-Debatte, gefunden hatten und behaupten, dass "the higher the salience of European issues in people's daily lives, the more people tend to identify with Europe" (Risse/van de Steeg 2003, 22), ziehen wir eine etwas vorsichtiger Schlussfolgerung: Einerseits relativiert der leichte Entwicklungstrend einer im Entstehen begriffenen europäischen Identität den kategorischen Pessimismus einiger Kritiker, die behaupten, dass eine Identifizierung als Europäer *niemals* die eigene nationale Identität in den Hintergrund drängen könnte. Andererseits jedoch sind wir von einer Gemeinschaft, deren Mitglieder sich kollektiv und in erster Linie als Europäer begreifen, immer noch meilenweit entfernt – für den Beginn eines grundlegenden Wandels ist das bisher erreichte Niveau einfach zu gering.

3 Schlussfolgerungen

Inwieweit gibt es nun eine Transnationalisierung oder Europäisierung öffentlicher Diskurse in Europa? Zur Beantwortung dieser Frage haben wir unsere vier Analysedimensionen wieder zusammengefasst. Die Ergebnisse der einzelnen Dimensionen werden unter Berücksichtigung der drei Transnationalisierungsqualitäten verglichen: Erstens, wie stark ist der *Trend* der Transnationalisierung? Zweitens, welches *Niveau* der Transnationalisierung wurde erreicht? Und drittens, welche *geographische Reichweite* hatte dieser Prozess?

Tabelle 2 kontrastiert den Trend und das Niveau der Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten mit einem allgemeinen Westernisierungstrend. Für beide Indikatoren berechneten wir die (positive oder negative) Stärke und Richtung des Trends im Verhältnis zu den jeweiligen nationalen Entwicklungen. Das Niveau betrifft jeweils den prozentualen Anteil an transnationalen Werten relativ zu den nationalen Werten der einzelnen Dimensionen. Die Europäisierungsspalte ermöglicht uns somit für jede Dimension zu entscheiden, ob und inwieweit Europäisierung aufgetreten ist und auf welchem Niveau sich diese bewegt. Die Westernisierungsspalte zeigt zusätzlich, ob und inwieweit es sich jeweils allein um einen Europäisierungsprozess handelte.

Tabelle 2: Trend und Niveau der Transnationalisierung

Dimension	Indikator	Europäisierung		Westernisierung	
		Trend	Niveau	Trend	Niveau
Regieren unter öffentlicher Beobachtung	EU-Politiken	7,0*	16%	-2,8	33%
Gegenseitige Beobachtung	Geographischer Fokus	-1,8	37%	3,8	24%
Diskursiver Austausch	Diskursive Referenzen	-3,7	34%	-2,0	16%
Kollektive Identität	Wir-Bezugnahmen	3,8*	7%	-0,1	3%
Mittelwert		3,2	33%	0,9	26%

Europäisierung: Die Werte beziehen sich auf die europäischen Politiken/Referenzen im Verhältnis zu den nationalen.

Westernisierung: Die Werte beziehen sich auf die westlichen (aber nicht europäischen) Referenzen im Verhältnis zu den nationalen; bei der Dimension Regieren unter öffentlicher Beobachtung beziehen sich die Werte auf internationale, aber nicht auf europäische Politikfelder.

Trend: Steigung der Regressionsgeraden (OLS Regression) im Vergleich zur nationalen Entwicklung mit * $p < 0,05$

Niveau: Anteil im Vergleich zu nationalen Politikfeldern/Referenzen

Eine substantielle und statistisch signifikante Tendenz in Richtung einer Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten zeigt sich nur in der ersten Dimension *Regieren unter öffentlicher Beobachtung*: Hier sehen wir einen klaren Europäisierungsprozess auf einem moderaten Niveau, der nicht gleichzeitig als Teil eines allgemeinen Westernisierungstrends interpretiert werden muss. Bei den zwei horizontal ausgerichteten Dimensionen *Gegenseitige Beobachtung* und *Diskursiver Austausch* finden wir hingegen sogar nur Hinweise auf leicht negative Europäisierungstrends. Auch wenn dieser Befund nicht überinterpretiert werden sollte, lässt sich zumindest definitiv festhalten, dass sich in den letzten 20 Jahren weder ein positiver Europäisierungs- noch ein deutlicher Westernisierungstrend vollzogen hat. Für die vierte Dimension *Kollektive Identität* finden wir lediglich einen schwachen Trend auf niedrigem Niveau, so dass es mehr als voreilig wäre, bereits heute von der Existenz einer europäischen Identität zu sprechen, die nationale Identitätskonstruktionen in den Hintergrund drängt.

Um unsere Ergebnisse in drei Sätzen zusammenzufassen: Wir finden einen stabilen Europäisierungstrend in dem Sinne, dass EU-Institutionen und -Politiken eine größere Rolle in öffentlichen Debatten spielten, aber stellen keine zunehmende gegenseitige Beobachtung, keine verstärkt transnationalen Interaktionen und nur eine sehr schwache Identifikation mit Europa fest. Deswegen bezeichnen wir dieses Transnationalisierungsmuster als *Segmentierte Europäisierung*: Öffentliche Diskurse in nationalen Qualitätszeitungen sind zwar durch ein intensiviertes EU-Monitoring charakterisiert, aber zeichnen sich nicht durch eine zunehmende Aufmerksamkeit für andere europäische Länder, einen grenzüberschreitenden Meinungsaustausch oder die Bildung einer europäischen Identität aus.

Mögliche Erklärungen für dieses Muster einer *Segmentierten Europäisierung* können aus der Literatur abgeleitet werden: Die zunehmende Diskussion um EU-Institutionen und (zu einem geringeren Maße) um EU-Politiken kann sehr allgemein durch die gewachsene politische Bedeutung der Europäischen Union im Sinne einer größeren Rechtsetzungskompetenz in den letzten zwei Jahrzehnten erklärt werden (vgl. Gerhards 2002, 151). Als Konsequenz dieser Verlagerung politischer Macht auf die europäische Ebene übertreffen die

rund 1000 in Brüssel akkreditierten Journalisten heute bereits zahlenmäßig die Journalisten, die im Weißen Haus oder bei den Vereinten Nationen ansässig sind. Mittlerweile haben sich Journalistennetzwerke gebildet, die gemeinsam versuchen, politische Skandale aufzudecken und die EU-Kommission für ihre zunächst mangelhafte Informationspolitik an den öffentlichen Pranger zu stellen (vgl. Meyer 2002; 2003). Das gestiegene Interesse an der EU könnte auch genau aus diesem Transparenzdefizit und dem damit einhergehenden Mangel an Zurechnungsfähigkeit erwachsen sein. Diese *Unsichtbarkeit* von politischem Handeln bot einen guten Nährboden für Korruption und Vetterwirtschaft, und dies wiederum eröffnete den Medien eine Chance zur symbolischen Inszenierung und Skandalisierung europäischer Politik (vgl. Trenz 2000). Ob diese öffentliche und häufig kritische Mobilisierung durch die Medien über kurz oder lang auch zur Entstehung einer europäischen Identität führen wird (vgl. Risse/van de Steeg 2003), bleibt abzuwarten.

Jedoch legen unsere Ergebnisse auch nahe, den Einfluss der europäischen Integration auf den Wandel nationaler Medienöffentlichkeiten und auf den teilweise konstant hohen Grad an Internationalisierung nicht über zu bewerten: Die Nichtintensivierung gegenseitiger Beobachtungen und diskursiver Interaktionen zeigt, dass die gewachsene politische Relevanz der EU hier keine Rolle gespielt hat. Stattdessen wurde die Dimension *Gegenseitige Beobachtung* durch weltpolitische Entwicklungen wie den internationalen Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September 2001 stärker beeinflusst als durch innereuropäische Ereignisse. Auch das kontinuierlich hohe Niveau an transnationalen Austauschprozessen seit den 80er Jahren muss wohl eher auf globale Veränderungen zurückgeführt werden, wie sie in internationalen kommunikationswissenschaftlichen Studien beschrieben werden (Thompson 1995; Boyd-Barrett/Rantanen 1998). Tatsächlich scheint es zuzutreffen, dass internationale Nachrichtenagenturen, neue Kommunikations- und Informationstechnologien ebenso wie die wachsende Bedeutung international organisierter Medienkonzerne schon mit Beginn der 80er Jahre beträchtlich zur Intensivierung grenzüberschreitender Austauschprozesse beigetragen haben (vgl. Beisheim et al. 1999). Die Medienöffentlichkeiten in Europa sind von diesen infrastrukturellen Veränderungen natürlich mindestens genauso stark beeinflusst worden, wie durch den fortschreitenden europäischen Integrationsprozess.

Aber was bedeutet dieser Befund für die Kernfragen der Debatte um eine „Europäische Öffentlichkeit“: Gibt es so etwas wie einen zusammenhängenden europäischen Kommunikationsraum, verstanden als ein Netzwerk europäisierter Medienöffentlichkeiten? Empirisch können wir abschließend sagen, dass die Bürger im Zuge des Kompetenzzuwachs der EU heute auch mehr über die EU lesen können als vor zehn oder gar zwanzig Jahren, sofern sie regelmäßig eine nationale Qualitätszeitung kaufen. Dies muss nicht notwendigerweise der Fall sein, wenn sie stattdessen andere Medienangebote zur Kenntnis nehmen. Und selbst die Qualitätspresse diskutiert nicht stärker oder intensiver über andere europäische Länder als sie dies schon in den 80er Jahren getan hat. Zudem können sich die Bürger ihre persönlichen Meinungen nicht verstärkt in der Auseinandersetzung mit den Ideen und Argumenten anderer europäischer Sprecher bilden, da ein diskursiver Austausch zwischen den nationalen Öffentlichkeiten in Europa nicht zugenommen hat. Schließlich bleibt festzuhalten, dass die Diskursteilnehmer immer noch äußerst selten eine europäische Wir-Perspektive einnehmen und die Bürger somit öffentliche Debatten nach wie vor aus einer nationalen Perspektive präsentiert bekommen.

Literatur

- Beisheim, Marianne / Dreher, Sabine / Walter, Gregor / Zangl, Bernhard / Zürn, Michael (1999): *Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung*. Baden-Baden: Nomos.
- Börzel, Tanja A. / Risse, Thomas (2000): When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change. In: *European Integration online Papers (EIoP)*, 4 (15). <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-015.htm> [19.12.2005].
- Boyd-Barrett, Oliver / Rantanen, Terhi (1998): *The Globalisation of News*. Thousand Oaks & New Delhi: Sage.
- Cederman, Lars Erik (2001): Nationalism and Bounded Integration: What it Would Take to Construct a European Demos. In: *European Journal of International Relations*, 7 (2), 139-174.
- Deutsch, Karl W. (1966): *Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality*. Cambridge, MA: MIT-Press.
- Eder, Klaus / Kantner, Cathleen (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Bach, Maurizio (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40. Wiesbaden: Westdeutscher-Verlag, 307-331.
- Eder, Klaus / Kantner, Cathleen (2002): Interdiskursivität in der europäischen Öffentlichkeit. In: *Berliner Debatte Initial*, 13 (5/6), 79-88.
- Eilders, Christiane / Voltmer, Katrin (2003): Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 51 (2), 250-270.
- Gerhards, Jürgen (2000): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Bach, Maurizio (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40. Wiesbaden: Westdeutscher-Verlag, 277-305.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeits-theorien. In: Kaelble, Hartmut / Kirsch, Martin / Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Campus, 135-158.
- Greven, Michael (2000): Can the European Union Finally Become a Democracy? In: Greven, Michael / Pauly, Louis W. (Hg.): *Democracy Beyond the State? The European Dilemma and the Emerging Global Order*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield, 35-61.
- Grimm, Dieter (1995): Braucht Europa eine Verfassung? In: *Juristen Zeitung* 50 vom 16. Juni.1995, 581-591.
- Grundmann, Reiner / Smith, Dennis / Wright, Sue (2000): National Elites and Transnational Discourses in the Balkan War. A Comparison between the French, German and British Establishment Press. In: *European Journal of Communication*, 15 (3), 299-320.
- Habermas, Jürgen (2001): Braucht Europa eine Verfassung? In: Habermas, Jürgen: *Zeit der Übergänge*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 104-129.
- Held, David / Goldblatt, David / Perraton, Jonathan (1999): *Global Transformations. Politics, Economics and Culture*. Cambridge: Polity Press.
- Kevin, Deirdre (2003): Europe in the Media. A Comparison of Reporting, Representation, and Rhetoric in National Media Systems in Europe. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Kielmansegg, Peter Graf (1996): Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*. Opladen: Leske & Budrich, 49-71.
- Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica (2003): Towards a European Public Sphere? Vertical and Horizontal Dimensions of Europeanised Political Communication. Paper presented at the International Conference "Europeanisation of public spheres? Political mobilisation, public communication, and the European Union". Berlin: WZB, 20-22 June 2003.

- Medrano, Juan Diez (2003): Qualitätspresse und europäische Integration. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske & Budrich, 191-212.
- Meyer, Christoph O. (2002): *Europäische Öffentlichkeit als Kontrollsphäre: Die Europäische Kommission, die Medien und politische Verantwortlichkeit*. Berlin: Vistas-Verlag.
- Meyer, Christoph O. (2003): Die Wächterfunktion von europäischer Öffentlichkeit. Das Brüsseler Pressecorps und der Rücktritt der EU-Kommission. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske & Budrich, 233-245.
- Moravcsik, Andrew (1998): *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*. Ithaca: Cornell University Press.
- Peters, Bernhard (1999): Nationale und transnationale Öffentlichkeiten – Eine Problemskizze. In: Honegger, Claudia / Hradil, Stefan / Traxler, Franz (Hg.): *Grenzenlose Gesellschaft?* Opladen: Leske + Budrich, 661-674.
- Riffe, Daniel / Aust, Charles F. / Lacy, Stephen R. (1993): The Effectiveness of Random, Consecutive Day and Constructed Week Sampling in Newspaper Content Analysis. In: *Journalism Quarterly*, 70 (1), 133-139.
- Risse, Thomas (2003): *The Emerging European Public Sphere? Theoretical Clarifications and Empirical Indicators*. Paper presented to the Annual Meeting of the European Studies Association. Nashville, 27-30 March 2003.
- Risse, Thomas / van de Steeg, Marianne (2003): *An Emerging European Public Sphere? Empirical Evidence and Theoretical Clarifications*. Paper presented at the International Conference "Europeanisation of public spheres? Political mobilisation, public communication, and the European Union". Berlin: WZB, 20-22 June 2003.
- Scharpf, Fritz W. (1999): Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik. In: Merkel, Wolfgang / Busch, Andreas (Hg.): *Demokratie in Ost und West*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 672-694.
- Semetko, Holli A. / de Vreese, Claes H. / Peter, Jochen (2001): Framing Politics at the Launch of the Euro. A Cross-National Comparative Study of Frames in the News. In: *Political Communication*, 18 (2), 107-122.
- Sievert, Holger (1998): *Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union*. Wiesbaden: Westdeutscher-Verlag.
- Thompson, John B. (1995): *The Media and Modernity. A Social Theory of the Media*. Cambridge: Polity Press.
- Trenz, Hans-Jörg (2000): Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer politischen Öffentlichkeit? In: Bach, Maurizio (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40. Wiesbaden: Westdeutscher-Verlag, 332-359.
- Trenz, Hans-Jörg (2002): *Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in der Europäischen Union: Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder schaupolitische Inszenierung?* Baden-Baden: Nomos-Verlag.
- Trenz, Hans-Jörg (2004): Media Coverage on European Governance. Exploring the European Public Sphere in National Quality Newspapers. In: *European Journal of Communication*, 19 (3), 291-319.
- van de Steeg, Marianne (2003): Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, 169-190.
- Weiler, Joseph H. (1999): *The Constitution of Europe: Do the New Clothes Have an Emperor?* Cambridge: Cambridge University Press.
- Zürn, Michael (1998): *Regieren jenseits des Nationalstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.